

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dirk Fischer (Hamburg),
Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6048 –**

Für eine vorausschauende Wohnungs- und Städtebaupolitik

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, ihm bis zum 30. Oktober 2001 einen Bericht vorzulegen, in dem unter Auswertung der Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, einzelner Länder und von Konjunkturforschungsinstituten die zu erwartende Entwicklung auf der Nachfrage- und Angebotsseite vor dem Hintergrund der bisherigen Wohnungsbautätigkeit und die daraus von einer vorausschauenden Wohnungs- und Städtebaupolitik zur Sicherstellung guten und bezahlbaren Wohnens zu ziehenden Schlussfolgerungen und Handlungsschwerpunkte dargelegt werden sollen.

B. Lösung

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU
und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6048 – abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Wolfgang Spanier
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Spanier

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/6048 in seiner 177. Sitzung am 22. Juni 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, ihm bis zum 30. Oktober 2001 einen Bericht vorzulegen, in dem unter Auswertung der Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, einzelner Länder und von Konjunkturforschungsinstituten die zu erwartende Entwicklung auf der Nachfrage- und Angebotsseite vor dem Hintergrund der bisherigen Wohnungsbautätigkeit und die daraus von einer vorausschauenden Wohnungs- und Städtebaupolitik zur Sicherstellung guten und bezahlbaren Wohnens zu ziehenden Schlussfolgerungen und Handlungsschwerpunkte dargelegt werden sollen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, des Vertreters der Fraktion der FDP und des Vertreters der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten, die Beratung aber nicht abgeschlossen, um die Vorlage eines weiteren Teils der Wohnungsprognosen der Bundesregierung abzuwarten, der im Herbst des Jahres erwartet wurde. In seiner 75. Sitzung am 30. Januar 2002 hat er eine öffentliche Anhörung zu dieser Vorlage beschlossen, deren Einzelheiten er in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2002 festgelegt hat. Die öffentliche Anhörung hat er in seiner 84. Sitzung am 24. April 2002 durchgeführt. Gegenstand der öffentlichen Anhörung waren außerdem der Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Bessere steuerliche Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau“ auf Drucksache 14/6637

(mit Zustimmung des federführenden Finanzausschusses) sowie (im Rahmen der Selbstbefassung) die „Wohnungsprognose 2015“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. An der Anhörung haben als Sachverständige teilgenommen:

- Lutz Freitag, Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen e. V. (GdW)
- Dr. Günter Haber, Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V.
- Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.
- Franz-Georg Rips, Deutscher Mieterbund e. V.
- Folkert Kiepe, Deutscher Städtetag (für die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände)
- Michael Knipper, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.
- Dr. Gert Haller, Verband der Privaten Bausparkassen e. V.
- Manfred Breuer, Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen
- Gerd-Peter Wolf, Wohnungsbauförderanstalt Nordrhein-Westfalen
- Dr. Bernd Bartholmai, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
- Thomas Lenius, IG Bauen-Agrar-Umwelt
- Dr. Heinz Sautter, Institut für Wohnen und Umwelt GmbH
- Jan Kuhnert, Wohnbund e. V.
- Christoph Beck, Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
- Prof. Dr. Karl Robl, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
- Matthias Waltersbacher, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
- Dirk Hausmann, Planungsdezernat der Stadt Frankfurt

Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Wortprotokoll der 85. Sitzung am 24. April 2002 mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 15. Mai 2002 abschließend beraten. Die Fraktion der CDU/CSU brachte dazu den folgenden weiteren Antrag im Ausschuss (Ausschussdrucksache 1111) ein:

„Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wolle beschließen:

1. Die frühere Bundesregierung hatte Anfang 1996 erstmals eine Raumordnungsprognose 2010, erstellt von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, vorgelegt. Die darin aufgezeigten mittelfristi-

gen Wohnungsversorgungsdefizite konnten aufgrund der eine hohe Investitionsbereitschaft in den Wohnungsbau fördernden Rahmenbedingungen bereits bis 1998 beseitigt werden. Die neue Bundesregierung übernahm entspannte Wohnungsmärkte mit einer Mietenentwicklung auf einem historischen Tiefststand.

Die derzeitige Bundesregierung hat seitdem durch eine Vielzahl von unabgestimmten wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen die Perspektiven auf den Wohnungsmärkten, vor allem in Ballungsräumen, wesentlich verschlechtert. Um einer wohnungspolitischen „Auszeit“, die sich bereits in dem Verzicht auf ein selbständiges Wohnungsbauressort ankündigte, entgegenzuwirken, hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode nachdrücklich für eine Fortschreibung der Wohnungsbedarfsprognose unter Berücksichtigung neuerer Bevölkerungsvorausberechnungen eingesetzt.

2. Die Bundesregierung hat diese Fortschreibung, Wohnungsprognose 2015 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, erst im Januar 2001 in Form einer Kurzfassung der Öffentlichkeit vorgestellt und dem Ausschuss Ende März zugeleitet. Mit dem im Mai 2001 im Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag „Für eine vorausschauende Wohnungs- und Städtebaupolitik“ verfolgte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Ziel, die parlamentarische Diskussion über die aktuelle und prognostizierte Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit vor dem Hintergrund des mittelfristigen Wohnungsbedarfs und dem daraus herzu-

leitenden wohnungs- und städtebaupolitischen Handlungsbedarf zu vertiefen. Angesichts einer, aus den bekannten Gründen zudem zeitlich sehr beschränkten, Ausschuss-Anberatung der Wohnungsprognose erst im November 2001, nach Verteilung des Prognose-Endberichts im Oktober, ist jedoch die Antrags-Forderung an die Bundesregierung nach einer Berichtsvorlage bis zum 30. Oktober 2001 überholt.

3. Der Ausschuss ist gleichwohl der Auffassung, dass die auf Antrag der CDU/CSU durchgeführte öffentliche Anhörung am 24. April d. J. zu dem Antrag wie zur Wohnungsprognose 2015 eine gute Bestandsaufnahme ist und wichtige Erkenntnisse und Anstöße für eine verstärkte Wohnungsmarktbeobachtung und eine sich daran orientierende Wohnungs- und Städtebaupolitik in Bund wie in den Ländern geliefert hat, die eine Brücke zur parlamentarischen Diskussion in der 15. Legislaturperiode schlagen.
4. Aus den vorgenannten Gründen erklärt der Ausschuss den Antrag für erledigt. “

Der Ausschuss hat über die Anträge ohne Debatte abgestimmt. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS den im Ausschuss eingebrachten Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Ausschussdrucksache 1111) abzulehnen. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag – Drucksache 14/6048 – abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

Wolfgang Spanier
Berichterstatter